

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Kollegen vergeßt nicht die Fragebogen über Arbeitslosigkeit auszufüllen und an die Filialverwaltungen abzuliefern!

Die Fragebogen über Arbeitslosigkeit

Sollen bekanntlich schon im Juli von allen Mitgliedern an die Filial- oder Zahlstellenverwaltungen abgegeben sein. Vom Vorstand wird deshalb seit mehreren Wochen darauf aufmerksam gemacht, die Absendung der Fragebogen zu beschleunigen, damit die Ausarbeitung der Statistik unverzüglich vorgenommen werden kann. Leider sind noch viele Filialen und Zahlstellen dieser so dringenden Nothwendigkeit nicht nachgekommen, wiewohl es doch bei einigermaßen gutem Willen ein Leichtes wäre, pünktlich und gewissenhaft mit der Einziehung der Fragebogen vorzugehen, nachdem fast in den meisten Orten die Hausfassung durchgeführt ist.

Soll die Arbeitslosenunterstützung in unserer Vereinigung zur Durchführung gelangen, so muß als Unterlage zuverlässiges statistisches Material zur Verfügung stehen. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen, unter denen an die Möglichkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung gedacht werden kann, legte auf der letzten Generalversammlung zu Witzburg Kollege Zabler einen eingehend erdachten Plan vor, den unsere Kollegen im Protokoll ausdrücklich wieder gegeben vorfinden. In außerordentlich hohem Maße werden bekanntlich alljährlich unsere Berufskollegen durch die Arbeitslosigkeit heimgefußt, da ist es einleuchtend, daß die Wochenbeiträge eine ziemliche Steigerung erfahren müßten, was auch der Referent in seinen Ausführungen darlegte. Die Generalversammlung beauftragte darum von neuem den Vorstand, bis zur nächsten Generalversammlung, die im kommenden Frühjahr stattfindet, weiteres statistisches Material über die Arbeitslosigkeit zu erheben.

Die Pflege der Statistik ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften, um die Lage des Berufes genau zu ergründen und nach den sich ergebenden Thatsachen ihre Handlungen einzurichten. Gewiß wird das durch die Gewerkschaftsorganisationen gewonnene Material kein vollkommenes sein, denn von vielen Mitgliedern wird noch der Werth der Statistik infolge mangelnder Einsicht verkannt und auch die Interessensphäre der Gewerkschaften ist eine nicht weit genug gehende. Darum ist es vor allen Dingen auch in unseren Filialen und Zahlstellen notwendig, den Kollegen die Bedeutung der Statistik klar zu machen, ihnen zu zeigen, daß es nur im ureigensten Interesse des befragten Kollegen liegt, die gestellten Fragen gewissenhaft auszufüllen. Eine einmalige statistische Aufnahme giebt uns noch kein erschöpfendes Bild der wahren Zustände, erst der in bestimmten Zeiträumen sich wiederholende und mögliche Vergleich wird uns ein brauchbares Bild über die thatsächlichen Verhältnisse geben. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, mag es dem Einzelnen auch gleichgültig sein, wie die Zustände in unserem Berufe liegen, wie furchtbar die Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe Jahr für Jahr grassirt. Die organisierte Kollegenschaft braucht dagegen in ihrem Ringen und Kämpfen zur Begründung aller ihrer Forderungen die statistische Feststellung der Lebenshaltung auch des letzten Berufscollegen. Auf Grund solcher zuverlässigen Materials, solcher einwandfreier Thatsachen wird es unseren Kollegen möglich sein, die traurigen Mißstände unseres Berufes zu beleuchten und nach Verbesserung zu streben.

Also mit Sorgfalt und Umsicht muß der Statistik gehdient und rechtzeitig die Einziehung der Fragebogen vollzogen werden. Hoffentlich kommen die noch fehlenden Filialen in aller kürzester Zeit diesem nach und erfüllen so ihre Pflicht, wie es unter organisierten Kollegen wohl selbstverständlich ist.

Sand in die Augen oder ein ultramontaner Humbug.

Bereits vor geraumer Zeit haben wir unsere Kollegen auf ein „Schwindelmanöver“ aufmerksam gemacht, das die Zentrumspolitiker im Schilde führen und das darin besteht, daß der Antrag gestellt wurde, die aus der Erhöhung der Rölle zu erwartenden Mehreinnahmen für eine Wittwen- und Waisenversorgung zu verwenden. Entweder würden

die Herren von Gewissensbissen geplagt wegen ihres Eintretens für die agrarische Politik, oder sie befürchten die Rahmenflucht der katholischen Industriearbeiter — kurz und gut, sie waren schlau genug, ihren auf Wertheuerung der noch wendbarsten Lebensmittel gerichteten Bestrebungen ein arbeiterfreundliches Mäntelchen umzuhängen und den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen.

Bekanntlich ist das Zentrum erst seit kaum einem Jahrzehnt agrarisch verwehrt worden. Früher erklärten sich die ultramontanen Parteiführer Windthorst, die Gebrüder Reichensperger, Freiherr von Schorlemer-Nist usw. übereinstimmend gegen eine Erhöhung der Getreibeizölle. Sie verurtheilten die Getreibeizölle überhaupt, da diese gemeinlich seien und dem Volke das Brod vertheuerten, während sie nicht einmal den Bauern, sondern nur den Großgrundbesitzern Vortheil brächten. „Die Getreibeizölle“, so erklärte einmal Peter Reichensperger im Reichstage, „werden voraussichtlich zu einer Unzufriedenheit führen, die leicht den Charakter der Wuth und Verzweiflung mit ihren unabsehbaren Folgen annehmen kann.“ Heute befindet sich das Zentrum in den vordersten Reihen der Brodwucherer und die ultramontanen Redner und Schriftsteller haben nun die undankbare Aufgabe, diesen Umschwung dem katholischen Volke mungerecht zu machen und das Abspringen der katholischen Arbeiter zu verhindern. In der That beobachten wir eine immer mehr steigende Unzufriedenheit in den Reihen der Zentrumsarbeiter. Diese Unzufriedenheit ist an verschiedenen Stellen, besonders in den Industriebezirken Rheinlands und Westfalens, in helle Flammen ausgebrochen und läßt den Abfall weiterer Kreise vom Zentrum befürchten.

Da mußte denn ein Schachzug gemacht werden, um die Schaaeren der Unzufriedenen in Etwas zu besänftigen. Diesen Zweck verfolgt offenkundig der Antrag des Zentrums. Schon im vergangenen Jahre, auf dem Dsnabrücker Katholikentage, brühten sich die Zentrumsherren mit dieser feinen Idee und offenbarten ihr gutes, arbeiterfreundliches Herz, wofür sie von den Anwesenden begeisterten Beifall ernteten. Es giebt auch wohl kaum einen volksförmlicheren Gedanken, als den, armen Wittwen und Waisen, deren Ernährer nicht in der Lage war, einen Nothgroßen zu ersparen, von Staats wegen eine ausreichende Unterstützung zu gewähren und ihnen dadurch über die Noth des Lebens hinwegzuhelfen. Darauf rechnen die ultramontanen Schlauberger, vergessen aber dabei, daß es außer ihnen auch noch schlaue Leute giebt, die ihnen in die Karten gucken und ihnen das Spiel verderben werden. In der That erscheint es augenblicklich als eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterpresse, den ultramontanen Humbug aufzudecken und die Schwindler zu entlarven.

Der erwähnte Zentrumsantrag geht nämlich dahin, daß die Mehrerträge aus den Lebensmittelpöhlen für die Zwecke einer Reichs-Wittwen- und Waisenversorgung aufgespeichert werden sollen. Ueber die Verwendung der Erträge soll spätestens bis zum 1. Januar 1910 durch ein Gesetz Entscheidung getroffen werden. Die Sozialdemokraten beantragen hierzu, auch die Mehrerträge aus den Rölle auf Buchweizen, Hirse, Malz, Gemüse, Weintrauben, Obst usw. für diesen Zweck zu verwenden und das geplante Gesetz gleichzeitig mit dem Zolltarif fertigzustellen. Der konservative Graf Ranft stellte den Antrag, die Mehrerträge zur Ermäßigung der Beiträge zur Invalidenversicherung zu verwenden. Diese drei Anträge standen in der letzten Sitzung der Zolltarifkommission vor den Ferien (12. August) zur Berathung.

Der ultramontane Redner, Kulturrath Trimbom, wies zunächst auf die hohe sozialpolitische Bedeutung einer Wittwen- und Waisenunterstützung hin, die als ein erstrebenswerthes Ziel eines jeden Sozialreformers gelten müsse und sich auch im Volke einer hohen Werthschätzung erfreue. Das Zentrum sei der Ansicht, daß die Verwendung eines Theiles der durch den Zolltarif gewonnenen Mittel zu diesem Zwecke im scharfen Zollkampfe versöhnend wirken werde. Redner erörtert dann die finanzielle Seite des Vor schläges. Erhalte jede Wittwe eine Jahressumme von 100 M., jede Waise 37½ M., so werde das eine dauernde Ausgabe von 95,5 Millionen, bei 80 M. resp. 40 M. von 111,2 Millionen Mark im Beharrungszustande jährlich erfordern. Die Getreibeizölle ergäben nach den Tarifföhen circa 54 Millionen, nach dem Kompromißantrag Herold 91 Millionen jährlich mehr. Daraus könne sehr wohl die Wittwen- und Waisenversicherung fundirt werden. Er stelle sich das so vor, daß das Reich die Hälfte zuschiebe, die andere Hälfte zum Theil von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werde. Der Arbeiter könne nicht für die Zukunft sorgen, er müsse seine geringen Mittel für seinen und der Seintgen Unterhalt aufwenden.

Mehrere andere Redner wandten sich gegen diese Ausführungen und den Zentrumsantrag, der nicht nur „ein gewagtes Experiment“ sei, sondern den Arbeitern auch höchstens eine „Bagatelle“ biete. Sie sprachen auch von „Populär-lästerhafterei“ und behaupteten, daß der Antrag kaum ernst gemeint sei und nur den Zweck verfolge, das Volk über die Wirkung des Wuchertarifes hinwegzutäuschen. Der Agerungsvertreter, Staatssekretär von Thielmann, führte aus: Der Orbanke einer Wittwen- und Waisenversicherung sei der Regierung sehr sympathisch (das bekannte „warme Herz“ der Regierung!), aber es sei bedenklich, den Reichsetat mit neuen Ausgaben zu belasten; für die Veteranen würden mehr Mittel gebraucht, die Reichshauptkasse erfordere größere Betriebsmittel und eine Erhöhung der Militärpensionen sei ebenfalls in Aussicht genommen. Das heißt mit anderen Worten: Wir sind für die Wittwen- und Waisenversorgung sehr begeistert, sie darf aber nichts kosten, da der Militärarm und die Weltpolitik alles verschlingt. Nun wissen die Arbeiter, die Anhänger der Sozialpolitik sind, wenigstens, was sie von der Regierung zu erwarten haben.

Treffend und mit Schärfe sprach sich der sozialdemokratische Redner, Mollenhuth, über den ultramontanen Humbug aus: Während Trimbom glaube, der Zentrumsantrag werde versöhnend wirken im Zollkampfe, sei er, Redner, überzeugt, daß die Verquickung der Wittwen- und Waisenversicherung mit dem Zolltarif den Arbeitern diese Versicherung berefeht werde. Denn man brauche nur darauf hinzuweisen, welche Summen den Arbeitern durch die Zolltarifhöhung entzogen werden, welche Vortheile die Großgrundbesitzer haben usw., dann würden sie bitter empfinden, daß man ihnen von dem Abgenommenen sozusagen ein Almosen hinwerfe. Dazu komme, daß, wie Trimbom sagte, die Arbeiter nur knapp ihren Unterhalt bestreiten können bei ihrer schlechten Lage. Ferner ziehe der Zollwucher eine Verringerung des Konsums nach sich, denn die Kaufkraft der Massen würde geschwächt und das erzeuge wiederum Arbeitslosigkeit und Lohndruck. Man verschone die Arbeiter mit diesem Unglück, das sei werthvoller, als die lächerlich geringen Beträge, die durch den Antrag den Wittwen- und Waisen gegeben werden sollen. Selbst Stumm würde höhere Beträge ausgeworfen haben. Der einzige greifbare Erfolg werde sein, daß den Kommünen ein Theil der Armenlast abgenommen werde; aber auf die Armenkasse seien die Versicherten bei solchen Beträgen immer noch angewiesen. Das sei übrigens eine eigenartige Gesekmachererei. Das Zentrum hätte doch mindestens die Grundzüge eines entsprechenden Gesetzes festsetzen müssen, so aber sei das Ganze etwas Nebelhaftes, nur dazu bestimmt, bei Wahlen den Arbeitern ein gutes Herz zu zeigen und sie zu veranlassen, den Zollwucher anzuerkennen. Aber wenn wir die Arbeiter fragen werden, ob sie die Wittwen- und Waisenversicherung für den Zolltarif eintauschen wollen, werden sie gern auf beides verzichten, denn sie wissen, daß sie gerupft werden sollen. Also bei den Wahlen werde sich die Mehrheit des Zentrumsantrages für die Arbeiter klar herausstellen. Was der Antrag Ranft wolle, sei wirklich stark. Erst wolle man den Grundbesitzern Vortheile aufziehen durch Getreibeizölle usw., und dann wolle man einen Theil der Zolltarifgelder denselben Grundbesitzern als weiteres Geschenk überweisen, ihnen die Versicherungsbeiträge zum Theil abnehmen. So müsse alles, was der Zolltarif ergebe, den Besitzenden zum Besten dienen. Gegen diesen Antrag würden die Sozialdemokraten stimmen, aber den Zentrumsantrag würden sie nicht ablehnen, damit derselbe sammt dem Zolltarif bei den Wahlen den Wählern unterbreitet werden könne, er ermögliche es, leichter zu beweisen, was dem Volke abgenommen werden solle, denn es werde ja zugestanden, daß der Antrag Herold zu den Getreibeizöllen das vom Ausland eingeführte Getreide jährlich um 91.000.000 M. vertheuere. Aber das eingeführte Getreide stelle nur ein Neuntel dessen dar, was das deutsche Volk verbraucht, die übrigen acht Neuntel würden ebenso im Preise vertheuert: die Erhöhung der Getreibeizölle koste also dem Volke circa 800 bis 900 Millionen Mark. Und doch seien noch viele andere Lebensmittel vertheuert; demgegenüber sei der Zentrumsantrag weniger als ein Almosen. Redner freut sich darauf, daß bei den Wahlen die hohe Gefährlichkeit der Zollwirthschaft und die demagogische Taktik des Zentrums dargestellt werden könne, denn diese Angelegenheiten würden bei den Wahlen den Grundzug der Erörterungen bilden. Fort mit dem Zolltarif, der die Arbeiter hundert Mal mehr schädigt, als diese Art Wittwen- und Waisenversicherung nützen könne! — das würde der Ruf sein. Eine gute berufliche Versicherung müsse anders hergestellt werden. Gute Grundzüge und höhere Unterstellungen müßte sie enthalten, wie es die Sozialdemokratie erstrebt.

Wir haben diesen treffenden Ausführungen kaum noch etwas hinzuzufügen. Es gehört wirklich ein hoher Grad von

Gewissenhaftigkeit und Hingabe dazu, die Deutschen Arbeiter mit der unbedingten Wucherpolitik verschöhnen zu wollen, indem man ihnen die Nebeneinkünfte des Zollmachers für eine Versorgung ihrer Wittwen und Waisen verspricht. Erst preßt man den Arbeitern viele Missionen ab und verwirft dadurch die Lebenskraft des Volkes — und dann wirft man ihnen ein paar Bettelbroden hin, um dadurch verschönend zu wirken. Hält man denn wirklich die katholischen Arbeiter für dumme Jungen, daß man glaubt, sie würden auf einen solch plumphen Schwindel hereinfallen? Mit einer Bagatelle von 100 M resp 33 1/2 M jährlich will das Zentrum die Arbeiterwittwen- und -Waisen abspeisen — und die Regierung erklärt auch dies noch wegen Mangel an Mitteln für un durchführbar! — also ein Almosen will man der Arbeiterklasse geben, während man sich anseht, einen Raubzug sonder Gleichen zu unternehmen; mit Scheffeln will man es den Arbeitern nehmen und mit Köffeln will man es ihnen wiedergeben — wenn das kein Schwindel ist, so verliert das Wort seine Bedeutung.

Unsere Kollegen allerorts versuchen wir dringend, das Bestreben der ultramontanen „Arbeiterfreunde“, dem Volke Sand in die Augen zu streuen, zu vereiteln und den Schwindlern das Handwerk zu legen. Der Zentrumsantrag, für den nur die Ultramontanen und Sozialdemokraten stimmten, ist allerdings abgelehnt worden, demütlich wird man aber mit ihm in nächster Zeit im Lande herumhaufen, um die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums im hellsten Lichte erstrahlen zu lassen.

Standesbezeichnung auf den Invalidenkarten: Maler oder Anstreicher?

In der jetzigen Zeit der „Handwerkerverfolgung“ versucht man in Innungskreisen alle möglichen Mittel, die „ungelehrten“ Arbeiter besonders zu kennzeichnen, damit diese Leute sich nicht als „Gehilfen“ bei den Meistern ausweisen können.

In unserem Berufe sind es die Anstreicher (die vielfach als ungelernete Arbeiter zu unserm Beruf überkommen), gegen welche sich angeblich die Herren Meister schämen zu müssen glauben. In Nr. 12 des „W.-M.“ 19. Jg. nahmen wir deshalb Veranlassung, eine Richtigstellung der wirklichen Verhältnisse zu geben, als uns bekannt wurde, wie man auf den Verhandlungen der Malermeister versuchte, sich die „Anstreicher“ abzuschütten. Wir stellten fest, wie von den Herren Innungsmeistern systematisch die Anstreicher herangebildet wurden, um die Löhne zu drücken und die Kämpfe der Gehilfen um eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung illusorisch zu machen. Aus allen Lohnkämpfen stehen uns Beweise genügend zur Verfügung, wie schmächtig gerade solche Herren handelten, die sonst so gerne den Namen „Standeslehrer“ im Munde führen. Aber nicht bloß bei Lohnkämpfen züchtet man sich ein billiges Arbeitshandwerk, natürlich zur „Hebung des Handwerks“, fortgesetzt vernehmen wir die Klagen aus allen möglichen Gegenden Deutschlands, wie manche Meister mit Wohlgefallen junge Burschen bei elender Entlohnung einstellen und sich als berichtigte Submissionskandidaten auszeichnen.

Diese traurigen Verhältnisse in unserem Gewerbe sind längst bekannt, aber durch die Vereinigungen kommt so vieler Meister, um Gotteswillen nicht mit der Gehilfenorganisation in Berührung zu kommen, war es ausgeschlossen, diese Krebsgeschäden einmal gründlich unter die Lupe zu nehmen. Eine bedeutende Besserung in den letzten Jahren ist dort eingetreten, wo die Innungen mit unserer Organisation Lohnsätze vereinbart haben und wo von beiden Seiten streng auf die Einhaltung dieser gesehen wird. Von diesen Städten können wir auch konstatieren, daß bei Submissionen im allgemeinen keine so schauerhafte Schmutzkonkurrenz stattgefunden, wie anderwärts, wo keine Vereinbarungen getroffen, weil jeder Unternehmer damit unbedingt zu rechnen hat.

Wuch die Berliner Malerinnung fürchte in ihren Versammlungen öfters Klage, daß Arbeiter und Anstreicher sich bei Ausstellung von Invalidenkarten einfach als „Malergehilfen“ bezeichnen lassen. Infolgedessen beschloß die Januar-Innungsversammlung, an den Polizeipräsidenten ein Gesuch zu richten, die Polizeibehörden anzuweisen, bei Ausstellung von Invalidenkarten nur dann als „Malergehilfen“ einzutragen, wenn der Inhaber durch Lehrbrief nachweist, daß er wirklich das Malerhandwerk erlernt habe.

Der Polizeipräsident von Berlin konnte sich aus gesetzlichen Gründen dazu nicht entschließen, wie aus folgendem der „Berl. Malerztg.“ entnommenen Antwortschreiben zu ersehen ist:

„Auf das Schreiben vom 12. März dieses Jahres erwidere ich ergebenst, daß ich es ablehnen muß, dem vorliegenden Gesuche entsprechend die Polizei-Behörden anzuweisen, bei Ausstellung von Invalidenversicherungskarten nur dann als Berufsausstellung „Malergehilfen“ einzutragen, wenn die Inhaber durch Lehrbrief nachweisen können, daß sie das Malerhandwerk erlernt haben.“

Die Quittungskarte soll nach der Absicht des Gesetzgebers nur ein ausschließlich für die Zwecke der Invalidenversicherung dienender Ausweis sein und nicht zur Legitimation des Inhabers über seine Person oder seine Leistungen den Arbeitgebern gegenüber dienen. Es soll, wie aus den Motiven zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 hervorgeht, streng alles ferngehalten werden, was auch nur den Verdacht zu begründen geeignet wäre, die zum Vorteile der Arbeitnehmer eingeführte Quittungskarte könne entgegen ihren Interessen Verwendung finden. Es muß alles vermieden werden, was der Karte den Charakter eines Arbeitsbuches oder eines Zeugnisses über die beruflichen Leistungen verleihen könnte.

Mit diesem Willen des Gesetzgebers wäre es aber unvereinbar, wenn ich die Ausgabestelle für Quittungskarten anweisen würde, auf der Quittungskarte als „Berufsausstellung“ nicht wie jetzt vorgeschrieben, die tatsächliche Beschäftigungskategorie zur Zeit der Ausstellung der Karte einzutragen, sondern die Eintragung von der Vorlegung eines Lehrzeugnisses oder Lehrbriefes abhängig zu machen. Die unbedingte Folge eines solchen Verfahrens würde, wie auch bereits festgestellt ist, die Erschwerung der Erlangung von Arbeitsgelegenheit für alle nicht mit Lehrbrief ausgerüsteten und sonach auf den Quittungskarten nicht als „Maler“ zu bezeichnenden Personen sein, und dies müßte zu berechtigten Beschwerden der Arbeitnehmer führen, zumal andere Arbeitgeberverbände mit den gleichen Anträgen auf Kennzeichnung der gelehrten Arbeiter ihres betreffenden Gewerbes durch die Art der Eintragung der Berufsausstellung auf der Quittungskarte an mich herantreten würden.

Wiel einfacher und leichter als durch die gewünschte verbindliche Maßregel dürfte wohl bei dem gefälligen Schreiben geschilberten Verhältnissen dadurch abzuwehren sein, daß die in den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes in keiner Weise begründete, durchaus irrtümliche Praxis, die Vorlegung der Quittungskarte als Ausweis von den Arbeitnehmern zu verlangen, verlassen und von den Leitern des paritätischen Arbeitsnachweises durch Einsicht der Lehrbriefe eine Prüfung der Vorbildung der Arbeitnehmer angestellt würde.

Als im Jahre 1899 der Gehilfenauschuß mit der Innung zwecks Aufstellung eines Lohnsolls in Beratung stand, wurde von einigen Herren Meistern die Befürchtung laut, daß man dann auch all denen, die unbedeutender Weise auf ihrer Invalidenkarte die Standesbezeichnung „Maler“ führen, den Minimallohn bezahlen müsse. Durch die erfolgte eingehende Aussprache und getroffene Bestimmung mit dem Hinweis, daß die Meister nur dafür sorgen sollten, durch den paritätischen Arbeitsnachweis die Gehilfen und Anstreicher einzustellen, wurde diese Frage zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst. — Daß man auch bestrebt war, diesen Beschluß innewurzeln zu lassen, wohl nicht behauptet werden, wie aus dem Vorangehenden zu ersehen. Nun wird sich wohl das Kuratorium des paritätischen Arbeitsnachweises mit dieser Frage zu beschäftigen haben und in richtiger Erkenntnis der Sachlage nicht umhin können, da der neue Lohnsatz zum Beschluß gelangt ist, auf dem Arbeitsvermittlungsschein den Minimallohn für Maler und für Anstreicher anzugeben.

Generalversammlung der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Maler u. v. B. D.

H. In Nordhausen trat am Dienstag, den 19. August die 9. Generalversammlung der Kasse im Restaurant „Schützenhaus“ zusammen. Es sind 21 Abgeordnete sowie der Mann des Ausschusses und die beiden Beamten der Kasse anwesend. Die Tagesordnung umfaßte außer den üblichen geschäftlichen, noch folgende Punkte: Wiederherstellung des Vorstandes und Ausschusses, sowie des Schiedsgerichtes; Abänderung der Statuten; Festlegung der Gehälter; Wahl des Vorstandes und des Ausschusses.

Andreas-Nordhausen begrüßt die erschienenen Delegierten.

Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission ist zu entnehmen, daß die Wahl des Abgeordneten Reuter-Kassel durch den Vorstand für ungültig erklärt werden mußte; an seiner Stelle ist Ritter-Erfurt erschienen. Zwei Protestschreiben von Erfurt contra Kassel und Hagen contra Vorwand fanden keine Anerkennung.

Zu Vorstehenden wurden Bartel-Berlin und Zimmermann-Frankfurt berufen. Dem Tätigkeits- und Kassenbericht, der bereits in Nr. 26 des „W.-M.“ veröffentlicht wurde, ist Nennenswertes nicht hinzuzufügen. Der Bericht des Ausschusses und Schiedsgerichtes tabelt, daß einzelne Verwaltungsstellen, die zur Bekämpfung der Verwaltungskosten bestimmten 6 pzt. wesentlich überschritten und die Anordnungen des Ausschusses nicht beachtet haben.

Au dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes wird von einer Reihe von Abgeordneten insbesondere bemängelt, daß Maßnahmen zur Bekämpfung von Berufsfrankheiten nicht mit der zu erwartenden Umsicht getroffen worden seien. Nach längerer eingehender Debatte wird dem Vorstand und Ausschuss einstimmig Decharge erteilt.

Die nun folgende Beratung der Anträge auf Auflösung beziehungsweise Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse gestaltet sich sehr umfangreich. Eine Reihe von Abgeordneten tritt für Auflösung der Kasse beziehungsweise Umwandlung derselben in eine Zuschußkasse ein unter Hinweis auf das im Interesse einer günstigen Gestaltung der Krankensicherungsangelegenheit notwendige Zusammenfassen der vorhandenen Kräfte. Die Sonderversicherung in den Hilfskassen wird von verschiedenen Rednern bei dem heutigen Stande der Arbeiterversicherungsangelegenheit als eine Verletzung des denselben zu Grunde liegenden Solidaritätsgebodens bezeichnet. Die Hilfskassen seien überlebte Einrichtungen. Die Mehrheit der Abgeordneten hält jedoch, Angesichts des schlechten Standes verschiedener Ortsklassen, den Weiterbestand der Kasse für angezeigt. Der Antrag auf Auflösung wird mit 18 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Die Anträge, die auf Sanierung der Kasse abzielen, zeitigen ebenfalls eine ausgedehnte Debatte. Schließlich gelangt der Antrag des Vorstandes und Ausschusses, den Beitrag auf 55 M beziehungsweise 30 M festzusetzen, zur Annahme, außerdem können vier Extra-Wochenbeiträge im Sommer erhoben werden.

Diesemigen Mitglieder, welche in Heilanstalten untergebracht sind und eine Unterstützung nicht mehr beziehen, werden für die fernere Dauer ihrer Krankheit von den Beiträgen befreit. Die Einführung einer weiteren Klasse wird abgelehnt. Die Unterstützungssätze bleiben dieselben. Im Uebrigen bleibt die frühere Fassung des Statuts mit unwesentlichen Veränderungen.

Für den Fall der Auflösung der Kasse wird mit 27 gegen 2 Stimmen beschlossen, das etwa noch vorhandene Vermögen der Vereinigung der Maler usw. zu überweisen.

In den Vorstand werden gewählt: Gehlert, Wulle, Wenker, Marx und Wehmann-Hamburg; in den Ausschuss Warnke, Humann, Rieß, Sinbergen und Bartels. Die Anträge auf Erhebung der Gehälter werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt und die Diäten auf 18 M festgesetzt.

Ziemlich scharfe Auseinandersetzungen entstanden durch einen Antrag, entsprechend dem Beschlusse des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses, die Beamten in der von diesem vorgeschlagenen Pensionskasse zu versichern. Der Antrag, die Hälfte der Versicherungsbeiträge auf die Kasse zu übernehmen, wird in namentlicher Abstimmung mit 17 Stimmen abgelehnt. Für denselben stimmen Schmid-Hamburg, Zimmermann, Apel, Kästle, Huf, Rehl, Grüner, Winal, Hansen, Klob, Zornow, Blum, Rosenbaum und Labome. Ritter und Hendrichse erklären sich prinzipiell für die vorgesehene Versicherung der Beamten, trotzdem sie gegen den Antrag gestimmt haben.

Der Vorsitzende Zimmermann wirft am Schluß noch einen Mißstand auf die Verhandlungen, die mit allgemein vorhandenem Bewußtsein aufgenommen wurden, die aber nunmehr Beschluß gefasst haben, welche zu der Hoffnung berechtigten, die Kasse auch weiterhin noch lebensfähig zu erhalten. In diesem Sinne fordert er die Abgeordneten auf, bei ihren Mitgliebern wirken zu wollen. Nach vierstündigen Verhandlungen wurde die Generalversammlung geschlossen.

Aus unserem Berufe.

Legitimationsbücher (Arbeitsbücher) für bei Innungsmeistern beschäftigte Maler- und Lackiergehilfen einzuführen, beschloß

bekanntlich im Februar d. Jg. der in Breslau abgehaltene Unterverbandsrat der schlesischen Malerinnungen auf Antrag eines Meisters aus der Provinz. Begründet wurde der Beschluß mit dem Hinweis, daß sich in der Provinz oft ungelernete Arbeiter als Maler und Lackierer ausgeben und auf diese Weise die Meister sehr schädigen.

Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich die am 17. Aug. im Gewerkschaftshaus abgehaltene öffentliche Versammlung der Maler, Lackierer und Anstreicher zu Breslau. Ein Mitglied des Gesellenauschusses erklärte, daß der Ausschuss zwar nicht für Einführung der Arbeitsbücher sei, daß aber allzu große Nachteile für die Gehilfen durch die Einführung gerade nicht zu befürchten seien. Dieser sonderbaren Ansicht gegenüber wurde jedoch von verschiedenen Seiten betont, daß die Arbeitsbücher große Nachteile für die Gehilfen im Gefolge haben würden und deshalb die Gehilfenschaft ein großes Interesse daran habe, sich energisch dagegen zu wehren. So harmlos, wie das Mitglied des Ausschusses die Sache darstellte, sei sie durchaus nicht. Der Zweck sei der, daß man mißliebige Gehilfen kenntlich machen will durch unauffällige Zeichen in diesem Buch oder auch durch gänzliches Entziehen desselben. Der betreffende Gehilfe würde gleichsam wie durch eine schwarze Liste gekennzeichnet sein und nirgends Arbeit erhalten. Man bilde sich keiner Täuschung hingeben, daß die Malermeister rücksichtslos sein würden als die Innungsmeister im Bäcker- und Fleischergewerbe, bei denen derartige Arbeitsbücher eingeführt sind. Arbeitsbücher für Gehilfen bedeuten keinen Fortschritt, sondern einen argen Mißschritt, den die Gehilfen nicht mitmachen. Daß im Malerberuf so viele ungelernete Arbeiter beschäftigt sind, daran sind doch in erster Linie die Meister selbst schuld, indem diese der Willkür wegen alle nur denkbaren Arbeitskräfte einstellen, ohne zu bedenken, daß dieser Umstand eine ungünstige Rückwirkung auf das ganze Gewerbe ausübt, und dann kommen dieselben Herren und wünschen Arbeitsbücher für die Gehilfen. Das Resultat der Beratung war die fast einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heute im Gewerkschaftshaus tagende öffentliche Versammlung der Maler- und Lackiergehilfen erachtet in der geplanten Einführung der Arbeitsbücher einen Eingriff in die freie Bewegung der Gehilfen. Die Versammlung kann nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß mit Einführung der Arbeitsbücher die besklagten Uebelstände im Malerberuf beseitigt werden können, vielmehr sind dieselben dazu angethan, den Arbeitgebern mißliebige Arbeiter zu kennzeichnen und ihnen dadurch den Brod-erwerb zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Die Versammlung protestiert deshalb ganz energisch gegen die Einführung der Arbeitsbücher und verpricht, alles daran zu setzen, um diesem Schlag gegen die Gehilfenschaft entgegenzutreten.“

Verufsunfall. Hamburg. Der Maler Amende stürzte am 19. August auf dem Hof Danielextr. 23 von einer Leiter und blieb bewußtlos liegen. Der anscheinend schwere innere Verletzung davongetragene Kollege wurde in seine Wohnung am Steinbamm gebracht.

Agitationsbericht über die Provinz Sachsen. Aus einer von der Agitationskommission aufgegebenen Statistik ist zu ersehen, daß die Hochzahl der organisierten Kollegen am 1. Juli 1899 zu verzeichnen war, trotzdem, daß mehrere Zahlstellen noch gegründet worden. Auch ist zu konstatieren, daß gerade die größeren Städte unserer Provinz einen Mangel an Zahlstellen haben, während in anderen kleineren Städten mit 678 am Orte arbeitenden Kollegen die Zahl der organisierten Kollegen 226 beträgt, also ziemlich die Hälfte. Dies ist für uns ein deutlicher Beweis, daß wieder eine kräftige Agitation in den größeren Städten entfaltet werden muß.

In Halle haben wir eine energische Durchführung der Hausagitation unternommen mit theilweisem Erfolge, wie auch die eingegangene Zahlstelle Bitterfeld wieder durch Hausagitation der Döhlitzer Kollegen ins Leben gerufen wurde und zur Zeit ganz gut floriert. Die Zahlstelle der Lackierer in Halle hat sich aufgelöst und der Malerfiliale von Halle wieder angegeschlossen.

In Merseburg und Sangerhausen haben wir nicht den erwünschten Erfolg gehabt; in Weißenfels und Wittenberge geht die Organisation nur langsam vorwärts, da die Kollegen meist auswärts arbeiten und selten zusammenkommen.

Von den Quedlinburger Kollegen ist die Zahlstelle Thale errichtet worden.

Die Nordhäuser Kollegen haben die Zahlstellen Osterode und Andreasberg gegründet.

Von den Magdeburger Kollegen sind die Zahlstellen Burg und Wandleben gegründet.

In Neuhalbensleben, Stendal, Garbelegen und Genthin hatte die Agitation bis jetzt noch nicht den gewünschten Erfolg gebracht.

Wschersleben und Cörben als frühere Zahlstellen von Halle haben sich als Filialen konstituiert, so auch Schönebeck (früher zu Magdeburg gehörig).

Lohnbewegungen waren im Berichtsjahre 1901 in Halberstadt und Staßfurt. In Halberstadt, wo der Tarif von 28 Meistern anerkannt war, sind durch die Laubheit der Kollegen und der schlechten Arbeitskonjunktur die Vortheile meist wieder verloren gegangen. In Staßfurt wird einetmaßen der festgesetzte Lohnsatz gehalten. Die Kollegen von Bernburg und Magdeburg haben im Herbst 1901 durch den Gesellenauschuß der Innung gegenüber ihren Tarif eingeleitet, aber keine glückliche Einigung erzielt. Von der Durchführung der Forderungen durch Arbeitsniederlegung wurde abgesehen, da noch nicht die nötige Macht der Organisation am Orte bestand, auch die Geschäftskonjunktur zu wünschen übrig ließ. In Dessau wurde der Versuch von den Meistern gemacht, den Zuschlag für Landarbeit von 1 M auf 50 M zu reduzieren, was aber nur bei Bahnarbeit gelten sollte.

Die Arbeitslosigkeit im letzten Winter sowie der flau Geschäftsgang im allgemeinen thaten uns bei unserm Bestreben für Besserstellung unserer Lage wie bei der Werbung neuer und zur Erhaltung der alten Mitglieder großen Abbruch.

Versammlungs-Berichte.

Graudenz. In unserer ersten Mitgliederversammlung am 9. August ließen sich 6 Mitglieder neu aufnehmen, so daß wir jetzt die Zahl 12 haben. Die Vorstandswahl war mit ziemlichem Schwierigkeiten verknüpft, weil gerade die älteren Kollegen sich scheuten, ein Amt anzunehmen; sie hatten in dem früher hier bestehenden Hirsch-Dunder'schen Lokalverein zu trübe Erfahrungen gemacht und lehnten aus diesem Grunde ab. Als Vorstand resp. Bevollmächtigter wurde Kollege Karnowski gewählt. Kassierer wurde Kollege Heim. Schriftführer Kollege Kubis. Redatoren die Kollegen Schipper und Kruppenstapel. Die betreffenden Kollegen versicherten, ihr Amt nach bestem Willen und Können zu führen. Die Verhältnisse sind hier gerade nicht die besten; wenig Bauhä-

keit, wenig Brutarbeit, daher ist die Mitgliederzahl so schwach, doch hoffen wir zur nächsten Versammlung auf Zuwachs. Bieleicht kommen bis dahin die Angstreuer und Konfanten durch rege Agitation zur Einsicht, daß auch sie in die Organisation gehören.

Lin den = S. „Bauarbeiterklub“ lautete das Thema, über das in einer leider nur schwach besuchten Versammlung am 5. August der Arbeitersekretär W. Baul-Hannover referierte. Der Redner gab in großen Zügen ein vorzügliches Bild über die Entstehung und Entwicklung des Bauarbeiterklubs in Deutschland. Nach vielfachen Erklärungen kam der Referent auf unser Gewerbe zu sprechen und betonte, auch wir hätten ein Recht, ein Gesetz zu fordern, das uns schütze gegen Leben und Gesundheit, so z. B. gegen die Weibergiftungsgefahr. Hier sei es speziell Aufgabe der Krankenkassen, Material zu schaffen und dieses den Reichstagsvertretern zu übermitteln, damit der Regierung Beweise vorgelegt werden können, wie dringend nötig die Ausdehnung des Arbeiterklubs auch nach dieser Richtung hin sei. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, in ihrer Pflichterfüllung nie zu erlahmen, schloß der Referent seinen lehrreichen Vortrag.

Mixdorf. Am 19. August referierte in unserer Mitglieder-Versammlung Kollege Mich über Arbeitslosenunterstützung. Er weist nach, daß die meisten Arbeiter im Gegensatz zu den Unternehmern es nicht verstehen, gute Konjunkturen für sich auszunutzen. Das Fehlen der vorjährigen großen Arbeitslosigkeit schäudernd, zeigte er, wie miserabel die bestehende Wirtschaftsordnung ist. Redner ging sodann in eingehender Weise auf die Entwicklung unserer Organisation in den letzten 10 Jahren ein und hob hervor, wie unbedingt erforderlich die Einführung der Arbeitslosenunterstützung auch in unserem Gewerbe sei. Da dies aber nur einer starken Organisation möglich, so wäre es unsere Pflicht, Mann für Mann der Organisation beizutreten und für diese große Sache zu wirken. Die Diskussion über diesen interessanten Vortrag wurde einer späteren Versammlung vorbehalten.

Stuttgart. Um die Kollegen von Stuttgart nach der in diesem Frühjahr sehr eifrig und auch betreffs Anwachsend der Mitgliederzahl mit Erfolg betriebenen Agitation nicht wieder einschlafen zu lassen, führte die Verwaltung voran, auf Sonnabend, den 16. August, eine öffentliche Malerverammlung einzuberufen, welche sich mit folgender Tagesordnung beschäftigte: 1. Der Werk gewerkschaftlicher Tarifverträge mit Hinblick auf unsere früheren Vorschläge; 2. Bericht der Kommission: Die Bewegung im Frühjahr und unsere jetzige Situation; 3. Verschiedenes. Der Referent, Landtagsabgeordneter Silberbrand, führte den Kollegen vor Augen, wie in den letzten Jahrzehnten die Arbeiter infolge ihrer erst im Anfangsstadium befindlichen Organisationen den Streik als einziges Mittel und Waffe anwenden konnten, um ihre Lage von Zeit zu Zeit, hauptsächlich aber in der guten Geschäftskonjunktur zu verbessern. Seit sich aber auch von Seiten der Meister kräftige Organisationen gebildet haben, muß das Bestreben der organisierten Arbeiter darauf gerichtet sein, geschicklich festzuliegende Tarifverträge abzuschließen, um auch bei schlechter Geschäftskonjunktur gewappnet zu sein, damit wir nicht von den Arbeitgebern überrollt werden. Redner führte an verschiedenen Beispielen einzelner Gewerkschaften an, daß es sehr leicht möglich ist, auf mehrere Jahre lautende Verträge abzuschließen, wenn eine gute Organisation vorhanden ist. Es ist sogar dann auch möglich, Einfluß auf die Regierung, das Submissionswesen zc. zu gewinnen. Beim zweiten Punkt führte Kollege Schanzbach aus, daß die Verwaltung sowie Agitationskommissionen in diesem Frühjahr mit vollen Kräften einsetzten, um die Zustände in hiesiger Stadt einer Veränderung zu unterziehen. Ist die Bewegung nicht gerade verlaufen, wie sie geplant war, da die Geschäftskonjunktur nicht so eintrat, wie sie allgemein erwartet wurde, so haben wir dennoch Erfolge zu verzeichnen, von denen viele Prinzipale hat eine Lohnerhöhung stattgefunden und wir haben einen Mitgliederzuwachs von 200 Kollegen erhalten. Diese müssen nun ihre volle Kraft einsetzen, damit im Laufe dieses Jahres bis zum nächsten Frühjahr kein unorganisierte Kollege in Stuttgart anzutreffen und die Verhandlungen auf dem Gewerbergericht festzulegen. Aus der aufgenommenen Statistik ist zu entnehmen, daß 666 Kollegen hier am Plage beschäftigt sind und zwar 236 verheiratete, 357 ledige, 73 konnten nicht ermittelt werden. Im Alter von 17—20 Jahren sind 88 Kollegen, 20—25: 196, 25—30: 141, 30—35: 66, 35—40: 43, 40—50: 40, 50—60: 12, 60—80: 2. Ueber beide Punkte entspann sich eine sehr lebhafte Diskussion und wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „Die heutige Versammlung anerkennt die unbedingte Notwendigkeit der Organisation, sowie das bringende Bedürfnis, einen geschicklichen Tarifvertrag festzulegen, der die Garantie gibt, gesunde Zustände in unserem Beruf zu erhalten. Jeder Kollege verpflichtet sich, nach Kräften für die Organisation zu agitieren.“ Bei „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende auf das am 31. August stattfindende 17. Stiftungsfest aufmerksam. Ferner findet am 1. September ein Vortrag von Dr. Gottschalk über die „Schädlichkeit der Weizide“ statt.

Sachgewerbliches.

Filiale München I giebt bekannt, daß sie eine Schule für praktische Dekorationsmalerei gegründet hat, wofür den Kollegen Gelegenheit geboten ist, unter Leitung eines tüchtigen Lehrers, Herrn Kunstmaler Straßmann, gründliche Ausbildung in der modernen, praktischen Malerei zu erlangen. Derselbe ist akademisch gelehrt und in allen Fächern wie Alt, Blumen, Landschaft usw. gut bewandert. Der Unterricht gestaltet sich in der Weise, indem hauptsächlich Gegenstände nach der Natur, wie Pflanzen, Vögel zc. gezeichnet und gemalt und dieselben dann zum Ornament illustriert werden, unter Vermittlung der bisher üblichen, schablonenhaften Art. Außerdem finden Vorträge statt im Verein über Architektur, Stilarten, Perspektive usw. Im Sommer findet der Unterricht Sonntags statt, bei schönem Wetter meistens in der freien Natur, wofür selbst Studien gemacht werden, welche dann bei ungünstiger Witterung im Atelier zu Ornamententwürfen benutzt werden. Im Winter wird ein Tagestkursus eingerichtet. Anmeldung jeder Zeit im Vereinslokal Restaurant „Müllersbad“, Hans Sachs-Straße 8, bei dem Arbeitsvermittler Kollegen Jaedel.

Baugewerbliches.

Von einer Besserung im Baugewerbe wird nunmehr berichtet, nachdem im vorigen Jahre und auch bis Mitte dieses Jahres das Baugewerbe sehr darnieder gelegen. Im Juli hat, wie Calver in der „L. Volks-Ztg.“ schreibt, die Zahl der beschäftigten Arbeiter erheblich zugenommen, ja in manchen Orten ist die Konjunktur eine so gute, daß die Arbeiter sich veranlaßt fühlen, in Lohnbewegungen einzu-

treten. Wie lange die Besserung anhalten wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen. Nebenfalls sind die Voraussetzungen zu einer lebhafteren Bautätigkeit zur Zeit günstig, da die Materialpreise wie die Geldsätze niedrig, auch die Arbeitslöhne gegenüber dem Vorjahre stark zurückgegangen sind. Die Besserung in den verschiedenen Orten hat indes schon zur Folge gehabt, daß die nach dem Lande abgewanderten Arbeiter des städtischen Baugewerbes wieder anfangen, zurückzukehren und das Angebot von Arbeitskräften in den Städten merklich vermehren. Freilich wäre es verkehrt, an solche partielle Besserungen sofort weitergehende Hoffnungen zu knüpfen. Immerhin ist es erfreulich, wenn auch nur ein kleiner Teil des Arbeitsmarktes ein vorübergehend günstiges Gepräge erhält.

Zur Frage des „Bauarbeiterklubs“ liegen uns zwei Einwendungen vor, aus welchen hervorgeht, mit welcher Energie unsere Kollegen vorgehen müssen, um vorhandene Mißstände zu beseitigen. So schreibt man uns aus Heidelberg, daß vor kurzem ein Kollege wieder auf einem Bauanfang, auf dem er schon Pfingsten beschäftigt war. War schon damals es mit dem Abort schlecht bestellt, so konnte jetzt an eine Benutzung überhaupt nicht mehr gedacht werden. Der Bauarbeiter wurde darauf aufmerksam gemacht, den Mißstand abzuhelfen — aber ohne Erfolg. Dafür kam er am nächsten Tag wieder in Begleitung des Bauherrn Fr. Kollert, der glaubte, Kraft seiner Würde in beleidigender Weise gegen den Kollegen seinen Unflath und seine Bildung zu beweisen. Das Ende dieser Auseinandersetzung, bemerkt der Kollege, war: „Nach 9 Uhr (wir schlüßten gerade) arbeiten Sie nicht mehr in meinem Neubau weiter.“ Ich arbeitete aber bis 6 Uhr Abends, da ich annahm, daß mir bloß derjenige, von dem ich die Arbeit bekommen habe, mir dieselbe auch wieder entziehen könne. Bei der Lohnzahlung bekam ich schon etwas zu hören von dem Buchhalter, denn der Meister zog es vor, an diesem Abend mit „Abwesenheit“ zu glänzen. Montag Morgen natürlich wurde ich von dem Herrn Gehilfen gefragt, wie sich die Sache verhalte. Ich erzählte den Vorgang und darauf erwiderte er: „Ich kann nichts sagen, da ich nicht weiß, um was es sich handelt, doch Herr Kollert muß sich fürchtbar beschwert haben.“ Es war auch unrecht von mir als „Arbeiter“, einem „Bauunternehmer“ gegenüber so etwas zu verlangen? — Ich kam nun auf eine andere Arbeitsstelle. Am Sonntag hatte ich aber schon an das hiesige Bezirksamt um baldige Abhilfe dieser Mißstände geschrieben, woraufhin Herr Kollert, in Firma Kollert u. Söhne, ein Strafmandat erhielt, was meine Entlassung am letzten Samstag zur Folge hatte. Auf meine Anfrage an dem Buchhalter, ob ich wegen Herrn Kollert entlassen sei, wurde dies in Gegenwart mehrerer Kollegen bejaht.

Einen zweiten Fall über einen „schneidigen Arbeiter“ meldet man uns aus Wegefeld: Da sowohl in Wegefeld wie in der Umgegend die Mehrzahl der Kollegen beschäftigungslos geworden und zum Teil abgereist ist, so daß in einigen Werkstätten, wo sonst 4—7 Mann arbeiteten, jetzt zum Teil ohne Gehilfen und mit Lehrlingen gearbeitet wird, glaubte Herr Malermeister Valentin Heinemann-St. Magnus nicht zu verwechseln mit Herrn C. Heinemann-Besung seinen Leuten, deren Zahl von Pfingsten bis jetzt von 12 auf 4 Mann zusammengeschmolzen, in dieser flauen Zeit mal die Daumen schrauben aufsetzen zu dürfen, wie folgender Fall beweist: Aus dem Landgut eines der reichsten Bremer Kaufleute, des Herrn Konrad Dubbers, sollte der Anstrich eines ungefähr 25 Meter hohen Wasserthurms ausgeführt werden und hatte genannter Herr Heinemann den Auftrag, die Arbeit auszuführen; er lieferte dazu auch sein eigenes Gerüst. Da jedoch die mangelhafte, garnicht zu beschreibende, leichtfertige Aufstellung desselben, wozu auch ein Zimmermann herangezogen, welchem jedoch das nötige Material zur vorchriftsmäßigen Fertigstellung nicht geliefert wurde, im Augenschein genommen, machte ein am Thurm beschäftigter, unserer Vereinigung angehörender verheirateter Maler Herrn Heinemann auf die lebensgefährliche Arbeit aufmerksam. Statt nun aber dieses selbst einzusehen oder einige Veränderungen vorzunehmen, gab Heinemann folgende schwache Antwort: „Ich kann Leute genug bekommen, welche auf diesem Gerüst arbeiten, es muß überhaupt eine andere Verbindung nehmen. Die Arbeit geht mir zu langsam.“ Die verlangte Verbindung sollte denn auch schnell eintreten. Der Vorstand und die Lohnkommission unserer Filiale wandten sich, da eine gültige Vorprüfung nutzlos erschien, an die Polizeibehörde, welche sofort einen Gendarm sandte, welcher den am Thurm beschäftigten beiden Kollegen und einem Lehrling das Weiterarbeiten auf der gefährlichen Stellage verbot. Durch das Einschreiten der Polizei in höchste Wuth verzeht, radelte Heinemann zum Thurm, entließ den vorbenannten verheirateten Kollegen und den nicht am Thurm arbeitenden Vertrauensmann unserer Filiale aus der Arbeit und radelte sodann, indem er auf der Straße brüllte: „Wo wohnt der Gendarm? Er hat auf dem Gerüst nichts zu suchen, ich will ihrer Vereinigung schon ein B vorsetzen, Sie wollen wohl ganz die Herren spielen!“ im rasenden Galopp davon. Die beiden Entlassenen haben wieder Arbeit hier gefunden und geschlossen stehen sämtliche Kollegen am Orte und Umgegend auf die Seite des Vorstandes und der Lohnkommission, welche nur ihre Pflicht gethan haben, da eine Bauarbeiter-Schutzkommission bislang nicht gewählt wurde. Herr Heinemann aber sollte froh sein, daß einem Unglücksfall in seinem Betriebe durch unser Eingreifen vorbeugt wurde.

Arbeiterversicherung.

Zum Kapitel: „Vertrauensärzte“. Der infolge eines Unfalles erwerbsbeschränkte Maler E. zu Berlin wurde im Dezember 1901 von dem „Vertrauensarzt“ der Nordöstlichen Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft Dr. Kömert auf 20 % Erwerbsunfähigkeit begutachtet. Hiergegen legte E. Berufung beim Schiedsgericht ein und beantragte eine höhere Rente. Auf Veranlassung des Schiedsgerichts wurde E. von dem Vertrauensarzt Dr. Köhler untersucht und dieser bewertete die Erwerbsbeschränkung E.'s auf 33 1/3 %. Nachdem E. die 33 1/3 % Rente ca. 7 Monate erhalten hatte, wurde er von dem „Vertrauensarzt“ der Nordöstlichen Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft Dr. A. wieder untersucht, wobei, wie der „Vorwärts“ mitteilt, zwischen Dr. Kömert und dem Verletzten folgendes Gespräch stattfand: Dr. Kömert: Nun, E., Sie haben auch geklagt? — E.: Jawohl, Herr Doktor. Das war doch mein Recht! — Dr. A.: Nun, wenn es nur Geld kosten würde, dann würden Sie nicht gleich klagen. Ich wollte nur mal den Herrn Dr. Köhler auf Ehre und Gewissen fragen, wie er Ihnen 33 1/3 % bewilligen kann. — So Herr Dr. Kömert. Dagegen noch nicht lange als Vertrauensarzt fungierend, so hat der Herr „Spezialarzt“, wie er in dem Gutachten der Nordöstlichen Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft genannt wird, eine geradezu unheimliche Virtuosität in dem „Klaffen“ der Renten für die Unfallverletzten. Welchen Werth diese „Gutachten“ besitzen, beweist der vorliegende Fall: etwa im Dezember schätzte der Herr „Spezialarzt“ Dr. A. die Erwerbsbeschränkung E.'s auf 20 % und nach

Monaten bei der Untersuchung findet Dr. A., daß eine wesentliche Veränderung in den Verhältnissen eingetreten ist und die Erwerbsbeschränkung E.'s nur noch auf 20 % zu schätzen sei. Diese Begutachtung scheint mehr als eigentümlich und läßt die Annahme zu, daß die Begutachtung der Verletzten ziemlich oberflächlich geschieht und zwar im Interesse der Berufsvereinsgenossenschaft zum Schaden der Verletzten. War das erste Gutachten dem Befunde entsprechend abgegeben, und sind jetzt „wesentliche“ Veränderungen eingetreten, dann mußte Herr Dr. A. der „Spezialarzt“ in seinem jetzigen Gutachten zu einem anderen Ergebnis kommen. — Gegenüber der Begutachtung von solchen „Vertrauensärzten“ sind die Verletzten gezwungen, trotz der Scheereien, die ihnen entstehen, ihre Rechte aufs äußerste zu wahren.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Der Verband der Stukkateure kann auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Geegründet am 17. Aug. 1892 in Stuttgart, ist die Mitgliederzahl, die im Anfang 400 zählte, auf 2800 gestiegen. Durch die Thätigkeit des Verbandes ist in einer Reihe von Städten die Arbeitszeit verkürzt und der Lohn bedeutend erhöht worden. Trotzdem ist die Zahl derjenigen Arbeiter immer noch groß, welche die Phrase abliefern: Es niht ja doch nichts!

Der Holzarbeiterverband hat im ersten Quartal 1902 eine Mitgliederzunahme von 1142 zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand beträgt 68483. Die Fluktuation der Mitglieder ist ganz beträchtlich, nicht weniger wie 6850 wurden in diesem Quartal neu aufgenommen. Die Ausgaben für Gemeindefestunterstützung sind gegen das gleiche Quartal des Vorjahres gewaltig gestiegen; während im 1. Quartal 1901 nur 4713 M. dafür verausgabt wurden, stieg die Summe im 1. Quartal 1902 auf 12551 M., ein Zeichen, wie das Unternehmertum die unheimliche wirtschaftliche Lage benützt, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verschlechtern und die Organisation zu Gegenmaßregeln zwingt. Durch eine Abrechnung von 55091 M. erhöhte sich der Kassenbestand auf 388514 M.

Gegen die Errichtung von Zunungs-schiedsgerichten protestierten am 11. August die Münchener Arbeiter in einer öffentlichen Versammlung. Seitdem der Magistrat die Einführung der Proportionalwahl für die Wahlen zum Gewerbergericht beschloß, glauben die Arbeitgeber Einbuße zu erleiden. So hat denn auch der Gewerbeverein in einer Sitzung am 17. Juni beschlossen, überall, wo nur thunlich, die Bildung von Zunungsschiedsgerichten anzuregen. Den Anfang hat die Maler- und Lackierer-Zunung gemacht, und zwar trotz Protest des Gesellenausschusses. Nachdem das Vorhaben in das rechte Licht gestellt war, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige von Arbeitern aller Branchen besuchte Protestversammlung spricht sich entschieden gegen die von den Zunungen geplante Verschlechterung der gewerblichen Rechtsprechung durch Errichtung weiterer Zunungsschiedsgerichte aus. Gestützt auf die Erfahrungen, welche die in Betracht kommenden Arbeiter mit der Rechtsprechung des Zunungsschiedsgerichtes der Bau-, Maurer- und Steinmetz- und Zimmererinnung in München gemacht haben, wie bei den bestehenden Zunungsschiedsgerichten, würde die zu einer unparteiischen Rechtsprechung nötige Rourtheilsslosigkeit schon deshalb fehlen, weil ein Zunungsmeister den Vorsitz führen kann. Die Versammlung erhofft von der Verwaltungsbehörde, daß sie die Errichtung von weiteren Zunungsschiedsgerichten nicht begünstigt. Die Versammlung hält im Interesse einer geordneten und unparteiischen Rechtspflege für notwendig, daß das bestehende Zunungsschiedsgericht aufgehoben wird. Die Gesellenausschüsse der sämtlichen Zunungen werden beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln die Errichtung weiterer Zunungsschiedsgerichte zu verhindern.“

Die Lage des Arbeitsmarktes. In dem Geschäftsbericht der Arbeitsnachweise bildet der Juli einen kritischen Monat. Nachdem die erste sommerliche Geschäftshäufung erledigt ist, pflegt in jedem Jahre der Juli einen Rückschlag durch Erhöhung der Zahl der Arbeitsuchenden aufzuweisen. Es darf immerhin als günstiges Zeichen betrachtet werden, daß der Rückschlag in diesem Jahre ausgeblieben ist, ja sogar gegen den Vormonat sich eine kleine Verminderung des Andranges zeigt. Während an den deutschen Arbeitsnachweisen nach der Statistik der „Arbeitsmarkt-Corresp.“ auf 100 offene Stellen im Juni 167,8 Arbeitsuchende kamen, waren es im Juli diesmal nicht mehr, sondern etwas weniger: 163,4. Die Frankfurter, die voriges Jahr einen Rückgang ihrer Mitgliederzahlen um 0,7 v. H. aufwiesen, zeigen dieses Mal eine, wenn auch nur winzige Zunahme um 0,1 v. H. Das verhältnismäßig erfreuliche Gepräge des Arbeitsmarktes im Juli wird hauptsächlich durch die regere Bautätigkeit erklärt. In einzelnen Städten, wie in Stuttgart und München, hat die Zahl der Beschäftigten ganz erheblich zugenommen. Günstig beeinflusst wurden davon die Bauhilfserei, das Malergewerbe, Klempnerien und Installationsgeschäfte. Auch die Nachfrage nach Holz hat sich etwas gehoben, ohne daß indeß der Arbeitsmarkt im gesammten Holzgewerbe eine Besserung gezeigt hätte. Trotz der erfreulichen Besserung gegenüber dem Juni dauert der ungünstige Beschäftigungsgrad in den beiden für den gewerblichen Arbeitsmarkt ausschlaggebenden Industriezweigen, im Bergbau- und Eisengewerbe, noch immer an. Im Textilgewerbe ist der Beschäftigungsgrad zwar im Rückgang begriffen, aber ohne daß dieser schon in einer Verminderung der Beschäftigten Ausdrück gefunden hätte. Bisher suchten die Arbeitgeber durch Betriebsbeschränkungen der ungünstigen Lage Rechnung zu tragen. Recht unbetrieblig liegt der Arbeitsmarkt im Schneidergewerbe, namentlich sofern es von der Großkonfektion abhängt. Auch Nahrungsgewerbe und Genussmittelgewerbe klagen über Mangel an Beschäftigung. In der Brauerei, Mälerei sowie in der Tabakindustrie hat das Geschäft im Juli weiter abgenommen. In der Landwirtschaft, wo im Juli die Hochsaison einsetzte, erhielten in ländlichen Industrieorten viele gewerbliche Arbeiter, die sonst um eine Stellung verlegen gewesen wären, für mehrere Wochen Beschäftigung.

Die eben eingehende Statistik des englischen Arbeitsmarktes entspricht etwa diesem Maße. Bei 222 betrachteten Gewerkschaften mit 550 169 Mitgliedern fanden sich im Juli 21 859 (also 4 Prozent) Arbeitslose. Das ist gegen den Vormonat Juni (mit 4,2 Prozent) eine kleine Besserung; dagegen waren im Juli des Vorjahres nur 3,4 Prozent und im zehnjährigen Durchschnitt 1892/1901 4,1 Prozent Ende Juli unbeschäftigt.

Berichtigung. In dem Artikel Nr. 33 b. „W.-M.“, „Verband der Malermeister Süddeutschlands“ kommt u. a. auch der Satz vor: „L. war für die Vereinbarung eines Lohn-tarifs nicht mehr zu haben.“ Gemäß § 11. des Preisgesetzes

schreibt uns Herr Leberich: „Ich bin zu jeder Zeit für eine Vereinbarung (Ausstellung eines Tarifs) eingetreten, auch so in der Jüngstvergangenheit vom 12. März 1900. Wenn ich aber mit meinem Antrag in der Minorität bleibe, so giebt dieser Umstand niemandem das Recht, falsche Schlussfolgerungen zu ziehen. (Protokollabschrift steht der Redaktion zur Verfügung.) — Auch ohne Hinweis auf das Preßgesetz würden wir der Verächtlichmachung Raum gegeben haben, wiewohl wir dazu keine Veranlassung gehabt hätten, denn die Verächtlichmachung entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen. Selbstverständlich ersuchen wir um eine Protokollabschrift, da eine Abklärung in dieser Angelegenheit uns nur erwünscht sein kann.“

Litterarisches.

Gedichte für das Volk von Karl Hendell sind schon von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., in billiger Ausgabe mit Illustrationen von Adas neu ausgegeben worden. Die erste Auflage, 5000 Exemplare, sind in kurzer Zeit abgesetzt, jedoch sind ein Neuband erforderlich gemacht. Die Arbeiter, welche die Einzelausgaben der Hendellschen Dichtungen ihres Preises wegen nicht kaufen können, erhalten hier seine besten sozialen und lyrischen Gedichte in vom Dichter selbst bestimmter Auswahl zu billigen Preisen. 30 Pf. für das 78 Seiten starke Bändchen. Wir empfehlen dies Best jedem Arbeiter, besonders zu Deklamationen an Arbeiterfesten und dergl.

Briefkasten.

München II. S. Ein Bericht ist nicht eingegangen. Karlsruhe. B. Du hast Recht. Worms. W. Berichte und Vergleichen können zu jeder Zeit eingesandt werden, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Das Papier darf aber nur auf einer Seite beschrieben werden.

Vereinstheil.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Diejenigen Kollegen, die vor dem Jahre 1899 eingetreten sind, deren vierjährige Bücher mit Ende dieses Jahres voll werden, erhalten mit dem 1. Januar 1903 neue Bücher. Beim Umtausch des alten ist dieses mit einzusenden, und bleibt bei der Hauptkasse. Kollegen, die für 1899 und 1900 keinen oder nicht genügenden Streifonds haben, müssen dies nachholen. An Stelle der fehlenden Streifenmarken können Beitragsmarken geleistet werden. Der Streifenfonds betrug für 1899 Mk. 2.50 und für 1900 Mk. 3.—

Die Filialverwaltungen werden ersucht, für baldige Zusendung der Fragebogen über Arbeitslosigkeit Sorge zu tragen.

Ausgeschlossen auf Grund des § 7a des Statuts wurde von der Filiale Düsseldorf das Mitglied Bernhard Nisse, Buchn. 2241.

Der Vorstand.

Duktung.

Vom 19. bis 25. August ging bei der Hauptklasse ein: Mittel Mk. 19.91, Vorrath 7.10, Siegen 30.—, Bchn. 62820, 2.20, Bchn. 10405 4.00, Bchn. 12325 4.90, Bchn. 45329 2.10, S. Wenter, Kassier.

Duktung der Expedition.

Im Juni und Juli haben an die Expedition eingelangt: Dresden I Mk. 2.10, Frankfurt 2.10, Schierstein 2.10, Hamm I. W. 2.10, Mainz 4.05, Berlin I 34.20, Berlin II 4.50, Hamburg II 3.—, Kiel 5.10, Nürnberg I 1.50, Cottbus 3.—, Bergedorf 1.20, Halberstadt 1.05, Schleswig 1.50, Hof —.90, Erfurt 2.10, Chemnitz 2.40, Stuttgart 2.10, Jena 2.10, Ludwigshafen 1.35, Baden-Baden 2.10, Colmar 1.95, Bremerhaven 1.95, Breslau 1.80, Weidenstadt 2.10, Mannheim 1.20, Eberswalde —.60, Ramenz 1.95, Cassel II —.90, Altona 5.85.

M. Marx.

Anzeigen.

Annaberg.

Sonntag, 7. September, Nachm. 3 Uhr, **Große öffentliche Versammlung** in Tackens Restaurant. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht (M. 1.50) Mit kolleg. Gruß C. Stefzer.

Ein tüchtiger **Laokirer und Spachteler** zum sofortigen Antritt gesucht von Amme, Giesede u. Ponegen, Braunschweig.

Tüchtige Lackirer und Schriftenmaler

für Waggonbauarbeiten per sofort gesucht. Offert. unt. N. V. 1008 an Gaalenstein & Vogler, A.-G., Halle a. S.

Achtung Kollegen! Filiale Bremen.

Vom 1. September ab befindet sich unser Verkehrslokal und Herberge bei Grebe, Faulenstr. 22. Arbeitsnachweis daselbst von 8—9 Uhr Abends und Sonntags von 11—12 Uhr Morgens. (M. 1.35) Der Vorstand der Filiale Bremen.

Vereinigung der Maler etc. Filiale München I.

Malschule nach neuestem System. Malen nach der Natur. Stylisieren. Lehrer: Kunstmalers Strascowski. Anmeldung jeder Zeit im Vereinslokal Restaurant Müllerbad, Hans Sachsstrasse 8. (M. 1.35)

Für den Vertrieb von feinsten Wagenlacken und Schleiflacken in Hamburg und Umgegend wird ein gut eingeführter Herr gesucht. Offert. mit Angabe von Referenzen zu richten an F. A. Molijn jr., Direktor der Aktien-Gesellschaft „De Veluwe“, Nunspeet, Holland.

Restaurant „Sondermann“ Stiftstrasse 52, Hamburg St. Georg. Verkehrslokal der Vereinigung der Maler. — Zahlstelle der Zentrallranken-Kasse. Bürgerl. Mittagstisch von 12—3 Uhr und Abends von 6—8 Uhr.

Photographie-Atelier

Mans Brabender, Hamburg, Steindamm 62 empfiehlt sich für sämtliche in diesem Fach einschlagende Arbeiten. Spezialität: Platin- und Bromsilber-Vergrößerungen in künstlerischer Ausföhrung. Porträt-Aufnahmen: 12 Bist u. 3 Cabinet, zusammen 6 M. Das Geschäft ist jeden Sonn- und Festtag ununterbrochen geöffnet. — Mitgliedern von Vereinen, sowie Clubs gewähre ich einen Rabatt von 10%.

Vorzügl. praktische Schule zur Ausbildung von tüchtigen Dekorationsmalern.

Prospekte gratis und franko von Peter Eilers, München, Arnulfstr. 42, IV. links. Eintritt jederzeit! — Honorar monatlich 18 M.

Amoretten. Malvorlagen Blumen. — Landschaften. Malvorlagen Früchte etc.

20 Blatt A 3.—, 40 Blatt A 5.—, franko, naturgetreu **Heinr. Brühl**, Hamm i. Westf., Karlstr. 5.

Selbstunterricht in der Holzmalerei!

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farben-druck, mit leicht fasslicher Anleitung, sind für den billigen Preis von **4 nur 10** zu beziehen von **Aug. Düttemeyer**, Maler, München, Pfaffstraße 11, IV. rechts. Maler können die Vertretung übernehmen!

Slomke's Städtebuch

Reiseführer durch Deutschland und angrenzende Länder mit Eisenbahn- und Vegetarte, 356 Seiten, geb. M. 1.20. In allen Buchhandlungen zu haben oder gegen Einsendung von M. 1.40 bei G. Slomke's Verlag Bielefeld.

Neu erschienen: Mod. praktisches Schriftenbest

150 M., ferner II. Aufl. Anleitung zum Schriftenzeichnen und Zeichnen mit verschied. Schriften 2.70 M. Devaldswert, mod. farb. statt 25 M. nur 6 M., Porto frei. Soweit der Vorrath reicht Mod. Decken und Wandstülzen, sehr praktisch, von Wd. Morgenstern, Dresden, statt 15 M. nur 6 M.; 20 Stück Deltuben 4 M. bei mir zu haben.

P. Steet, Nürnberg, Oberer Brühlstr. 18, Versandgeschäft für Maler u. Lackier.

Verlangen Sie, Kollege, zur Probe je einen Satz Greizer, Beckler und Destrizhoffer, je einen Satz Münds- und Fischhaarmalpinsel, einen Dachsbrettel, einen Schläger, einen Wödel, (je 3 Zoll breit), einen Satz Stahl- und Lederkämme (je 10 Zoll), eine Messpalette, zu M. 13.50 per Nachnahme.

G. Job, Nürnberg, Tegelgasse 18.

Berliner Maler-Schule

für fachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc. Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfachste Technik gelegt. Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester 150 Mark.

Unser Maler-Schule sind mehrere Erste Preise Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien anerkannt worden. Prospekte der Malerschule gratis und franko.

Carl Lange & Co., Berlin SW., Gitschinerstr. 94 a.

Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen u. Entwürfe.

MALERSCHULE HAMBURG
v. WILH. SCHÜTZE, PROSP. GRATIS
ERSTE PREISE & MEDAILLEN

Vorlagen für Dekor.-Maler für Kirchen-Maler für Theater-Maler
Bruno Hessling
Berlin S.W., Anhaltstr. 16/17.
Spezial-Handlung f. d. Malergewerbe
Man verlange d. reich illust. Katalog

Neu! Es erschien im Selbstverlage: Neu!

Neue Holz- und Marmormalereien

zum Selbstunterricht nach eigener Original-Methode.
I. Serie: „Neue Holzmalereien“, nur Mk. 20.— (Von dieser Serie ist schon die zweite vermehrte und verbesserte Auflage erschienen.)
II. Serie: „Neue Marmormalereien“, nur Mk. 22.—
Hamburger Holz- und Marmor-Schule von Fr. Weiershausen, Hamburg, Lindenstr. 19. Beginn des Semesters 15. Oktober. Prospekt gratis. Porenrollen à Paar Mk. 5.—

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik werden die Verkehrslokale resp. Herbergen der darauf abkommenden Städte veröffentlicht. Der Preis beträgt bis zum 31. Dezbr. 1902 Mk. 2.—, welche im Voraus zu entrichten sind. Der einzelne Mann darf vier Stellen nicht übersteigen. Bestimmungen sind an die Expedition zu richten. Bergedorf. Herberge Fr. Hamann, Töpferstraße 4. Verkehrslokal W. Stille. Rahlgelochkeit jeden Sonnabend Abends von 8—10 Uhr. Jagdhahn in Weidstedt, alle 14 Tage Montags Abends von 8—10 Uhr, bei Wittwe Weidhausen, „Gafhaus zur Linde“.
Berlin I. Das Bureau befindet sich im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Arter 15, Zimmer 36. Adresse: Joh. Müll. Herberge Ritterstr. 129 bei Stramm. Arbeitsnachweis Mühlstr. 6.
S. Verkehrslokal: S. Stramm, Ritterstraße 129; Rahlgelochkeit: Montags und Sonnabends, von 8—9 Uhr Abends.
N. Verkehrslokal: Köfhn, Müppelstraße 42; Rahlgelochkeit: Montags, Mittwochs u. Freitag von 8—9 Uhr Abends, Sonntags von 10—12 Uhr.
O. Verkehrslokal: bei Weinberg, Andreaskstraße 64. Rahlgelochkeit: W. bei H. Weidmann, Mühlenthalstraße 6. Montags, Mittwochs u. Freitag von 8—9 Uhr Abends. NW. bei Hünke, Gavelbergstraße 17. woch u. Freitag SW. bei Wesse, Holzstraße 50. v. 8—9 Uhr Abds.
Webbing. Verkehrslokal bei Hoffmann, Pasewalderstr. 8. Rahlgelochkeit Sonntags von 10—12 Uhr.
Kummersburg. Verkehrslokal bei Infobest, Alt-Vorhagen 8, Montagsabends 8 Uhr, am Mittwoch nach dem 16. jeden Monats bei Glodauer, Frankfurter Chaussee 125.
Friedenau. Verkehrslokal bei Grube, Kaiser- und Stubenrauchstraße Ecke, Rahlgelochkeit Dienstag Abends von 8—10 Uhr.
Berlin II. Verkehrslokal im Restaurant von Weidmann, Grünstraße 21. Arbeitsnachweis Gewerkschaftshaus, Engel-Arter 15 III., Zimmer 36, an den Wochentagen Vormittags von 8 1/2—10 1/2 Uhr geöffnet.
Bochum. Verkehrs- und Versammlungslokal befindet sich im Restaurant des Herrn W. Schäfer, Mühlstr. 8 I. Herberge bei Müllerram, Schützenbahn 8.
Braunschweig. Maler und Lackier. Verkehrslokal und Arbeitsnachweis im Sommer 8—9 Uhr Abends, im Winter 7—8 Uhr Abends. Sonntags 11 bis 12 Mittags im „Gewerkschaftshaus“, Werber 32. Versammlung alle 14 Tage Sonnabends.
Cannstatt. Versammlungen alle 14 Tage Sonntags im Gafhaus „Zur neuen Post“, Eck: Karls- und Greibstraße.
Cottbus. Versammlung alle 14 Tage bei Bogala (Nichter), Ostwerplatz 21. Rahlgelochkeit jeden Sonnabend I. Resta. „Zur guten Quelle“, Neußtr. 87.
Dresden I. (Maler). Verkehrslokal, Rahlgelochkeit sowie Bibliothek und gemeinsch. Arbeitsnachweis mit der Unterbringung in der „Ritterstraße“, Altengasse Ecke Seltengasse. Sommer täglich von 7—9 Uhr Abds. Sonntags von 11 bis 12 Uhr. im Winter außer Sonn- und Festtage von 6—7 Uhr.
Dresden II. (Lackier). Verkehrslokal und Rahlgelochkeit „Kosel-Schule“, Mittelstraße 6. Rahlgelochkeit Sonnabends 8—10 Uhr; gemeinschaftlicher Arbeitsnachweis in Forst's Restaurant, Moritz-Arter 8, neben dem Kaiserplatz, werktätlich 1/2—1/3 Uhr Abends.
Dortmund. Herberge und Versammlungslokal bei G. Weikamp, Nordstraße 1. Arbeitsnachweis Wochentags Abends von 8—9 Uhr, Sonntags von 11—12 Uhr Vormittags, Versammlungen alle 14 Tage Dienstag.
Frankfurt a. M. Herberge, Verkehrs- und Versammlungslokal im „Gewerkschaftshaus“, am Schwanenb. 8—10. Daselbst Bureau im 2. Stock. (Eingang Stoffstraße 15.) Geöffnet Werktags von Morgens 9—11 und Nachm. von 6—7 1/2 Uhr. Arbeitsvermittlung Werktags von 9—10 Uhr und von 6—7 Uhr Abds. Rahlgelochkeit sowie An- u. Abmelb. wödr. bei Geschäftsf. Hamburg I. (Maler). Verkehrslokal, Herberge und Arbeitsnachweis bei von Salzen, Caffamacherstraße 15/17. Daselbst I. Etage Bureau; geöffnet täglich Morgens 9—11 Uhr, Abends 7—10 Uhr, außer Sonntags.
Hamburg II. (Lackier.) Verkehrslokal und Arbeitsnachweis im Volkstheaters Haus G. Finken, Rothhöfen 10. Arbeitsnachweis täglich Abends von 1/2 bis 1/10 Uhr, Sonnabends von 9 bis 10 Uhr Abends. Sonntags geschlossen. Versammlung jeden 2. Sonnabend im Monat.
Köln a. R. Vereinsversammlungen alle 14 Tage im Hotel-Restaurant „Gilt auf Halle“, Laurenzplatz. Verkehrslokal: „Zur Krone“ Giesemannstr.
Kiel. Herberge, Verkehrs- und Versammlungslokal bei Einfeld, Alte Weide 2. Rahlgelochkeit Sonnabends Abends von 8—10 Uhr. Versammlungen finden statt jeden zweiten Dienstag nach dem 1. und 15. des Monats. Arbeitsnachweis Abends von 8 1/2—9 Uhr, Sonntags von 11—12 Uhr Vorm.
Leipzig. Herberge und Verkehrslokal, sowie Arbeitsnachweis im „Würgergarten“, Brühlstraße 11. Rahlgelochkeit bei Vereinigung jeden Sonnabend daselbst und im Arbeitsnachweisbureau. Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat daselbst Mitgliederversammlung.
Lübeck. Herberge und Verkehrslokal beim Gafwirth Fr. Seede, Leberstr. 3. Arbeitsnachweis: Wochentags Abends von 8—9 Uhr und Sonntags 8 1/2 Mittags von 11—12 Uhr, ebenfalls daselbst.
Nürnberg I. Vereinslokal und Herberge „Zur Bayer. Krone“, Obfmarkt. Daselbst jeden Sonntag Mitgliederversammlung und Bibliothekstunde.
Rixdorf. Versammlungslokal bei Welter, Steinwegstr. 113. Verkehrslokal bei Breit, Rosenstr. 24. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Breit und ist täglich geöffnet Abends von 7 1/2—9 1/2 Uhr. Raffen- und Bibliothekstunden Sonnabends von 7 1/2—9 1/2 Uhr.

Der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der bekannten **Burteholder Malerschule** bei, worauf wir unsere Kollegen besonders aufmerksam machen und darum ersuchen, auf den Arbeitsstellen für weitest Verbreitung zu sorgen.

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Freitag 8, für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im **Abonnement** kostet derselbe für Deutschland und Desterreich 1.20 M. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M., durch die Post bezogen 1.20 M. — Anzeigen kosten die 3gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pf., Vereinsanzeigen 15 Pf. die Spalte. Der „Vereins-Anzeiger“ ist im Postverzeichnis der Reichspost für 1902 unter Nr. 7713 eingetragen.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 33 des **Korrespondenzblattes** für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Verlag von G. Wenter, Hamburg. Für die Redaktion verantwortlich M. Marx, Hamburg. Druck von Fr. Meher, Hamburg-Gilbe, Friedenstraße 4.